

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 67 (1988)
Heft: 3

Artikel: Sockelarbeitslosigkeit als volkswirtschaftliches Phänomen : die Grenzen der Arbeitswelt
Autor: Winkler, Ruedi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340596>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Ursachen werden von den Mächtigen dieser Welt entweder aus mangelnder Einsicht oder grobfahrlässig, ja absichtlich nicht bekämpft. Ich weigere mich aber, die ganze Flüchtlingsproblematik nur in Schwarzweiss zu sehen. Mit einer allzu lockeren Asylpraxis streuen wir Dünger für die zukünftigen Rassenkrawalle und für rechtsstehende Regierungen. Das Mass liegt im goldenen Mittelweg. Die Mentalitäten der Entwicklungsvölker sind meistens der unseren diametral entgegengesetzt. Deshalb müssen wir als Schweizer auch für unsere Bürger etwas

Verständnis aufbringen, die in ihrem Heimatland, in ihren Schulen, am Arbeitsplatz bereits in die Minderheit versetzt worden sind. Kann man einem Kleinbasler verargen, wenn er sich bald nicht mehr zu Hause fühlt? Kann man ihm verargen, wenn er sich in der SP nicht mehr geborgen fühlt, weil seine Nöte dort nicht gesehen werden?

Man redet zwar viel von Toleranz, hat diese aber manchmal weder parteiintern noch parteigrenzüberschreitend. Wie kann die SP gegen die derzeitige Flüchtlingspolitik des Bundesrates Sturm laufen, wenn im

Kanton Solothurn die Unterbringung von einigen wenigen Flüchtlingen in gewissen Dörfern gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden muss?

Wenn ich mit meinem Exkurs über die Flüchtlingsproblematik den führenden Genossen dieses Landes auch einmal eine andere Sicht zur Kenntnis bringen konnte, ist mein Auftrag erfüllt. Jedenfalls ist es höchst einseitig, unsachlich, aufbau-schend, tendenziell, wenn es Kreise gibt, die die derzeitige Flüchtlingspolitik mit derjenigen der Nazizeit vergleichen.

Sockelarbeitslosigkeit als volkswirtschaftliches Phänomen¹

Die Grenzen der Arbeitswelt

Von Ruedi Winkler

Vielleicht hat sich auch der Leser, die Leserin, so wie ich, bereits an das Wort Sockelarbeitslosigkeit gewöhnt. Und trotzdem scheint mir, dass dieses Wort einiges darüber ausdrückt, wie in dieser Gesellschaft dieses Problem eingeordnet wird. Sockel, das ist so etwas Unverrückbares, Festgefühtes, Unveränderbares. Mir scheint die Wahl des Wortes Sockelarbeitslosigkeit für die Tatsache, dass auch bei besserer Konjunktur ein Teil der Bevölkerung keine Lohnarbeit mehr findet, nicht zufällig. Sollte nicht vielleicht mit der Wahl des Wortes Sockel signalisiert werden, dass allfälliges Anrennen gegen diesen Tatbestand dem Anrennen gegen einen unverrückbaren Sockel

gleichkommen könnte. Sollten nicht vielleicht auch mit dem Wort Sockel allfällig Neugierige davon abgehalten werden zu fragen, was im Sockel ist? Denn welcher vernünftige Mensch interessiert sich schon für den Inhalt eines Sockels? Ich bin überzeugt, dass es kein Zufall ist, wie in einer Gesellschaft bestimmte Tatbestände und Erscheinungen bezeichnet werden.

*Was heisst
Sockelarbeitslosigkeit*

Im Bericht des Bundesrates über «Die Langzeit-Sockelarbeitslosigkeit in der Schweiz» vom Januar 1987 heisst es: «Die Sockelarbeitslosigkeit entspricht jener Arbeitslosigkeit, die auch dann noch bleibt, wenn wir eine gesamtwirtschaftlich stabile, gleichgewichtige Situation haben.» Damit ist bereits eine grundsätzliche Frage aufgeworfen:

Kann man von einer stabilen, gleichgewichtigen Situation sprechen, wenn es noch Arbeitslosigkeit gibt? Ich werde darauf bei meinen Gedanken zur Sockelarbeitslosigkeit als volkswirtschaftliches Phänomen eingehen.

Die Ökonomen unterscheiden bei der Arbeitslosigkeit konjunkturelle, strukturelle und friktionelle Arbeitslosigkeit. Die konjunkturelle Arbeitslosigkeit wird durch eine schwache Konjunktur hervorgerufen, die strukturelle Arbeitslosigkeit dadurch, dass jene, die eine Stelle suchen, nicht auf die Stellen passen, die offen sind, und die friktionelle Arbeitslosigkeit entsteht dann, wenn zwar eine passende Stelle vorhanden ist, sie der Suchende aber nicht findet, bevor er die alte Stelle verloren hat.

Die Klassiker unter den Ökonomen sprachen zudem von einer «natürlichen Arbeitslosigkeit» und meinen damit un-

¹ Diesem Artikel liegt ein Referat zu Grunde, das der Autor an einer Tagung des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks und der Caritas Schweiz zum Thema Langzeitarbeitslosigkeit gehalten hat.

gefähr das, was heute als Sockelarbeitslosigkeit bezeichnet wird. Womit wir wieder bei der Wortwahl wären...

Zahlen, Schätzungen und Relationen

Wenn über das Ausmass der Arbeitslosigkeit gesprochen werden soll, dann muss zuerst etwas über die Statistik gesagt werden. Es gibt Arbeitslose, die durch die Statistik erfasst werden, und solche, die nicht erfasst werden. Dabei gilt es zu unterscheiden:

- Arbeitslose mit Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung oder der kantonalen Arbeitslosenhilfe: Jene, die diese Ansprüche geltend machen, werden in der Statistik erfasst, jene, die sie nicht geltend machen, werden nicht erfasst.

- Arbeitslose ohne Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung beziehungsweise der kantonalen Arbeitslosenhilfe. Sie werden in der Statistik nicht erfasst.

- Ausgesteuerte Arbeitslose, die keinen Anspruch mehr auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung beziehungsweise der kantonalen Arbeitslosenhilfe haben. Über ihre Zahl weiss man wenig, es gibt lediglich Schätzungen.

Anspruchsberechtigte Arbeitslose

In der Schweiz liegt zurzeit die Arbeitslosenquote bei 0,7 Prozent, das sind rund 22000 Menschen, die eine Lohnarbeit suchen und zurzeit keine passende haben. Aus der Studie, die das BIGA für den Bundesrat erstellt hat, geht hervor, dass das Risiko, arbeitslos zu werden, zwischen dem 20. und dem 29. Lebensjahr am grössten ist, dass aber die Langzeitarbeitslosigkeit in erster Linie

ein Problem der älteren Arbeitskräfte ist.

Ebenfalls geht aus dieser Studie hervor, dass die durchschnittliche Dauer der Stellensuche bei Frauen mit 183 Tagen wesentlich länger dauert als bei den Männern mit 164 Tagen. Auch in den verschiedenen Branchen ist die Dauer der Arbeitslosigkeit unterschiedlich. Ist die durchschnittliche Dauer der Stellensuche bei der Nahrungs- und Genussmittelherstellung 120 Tage, so ist sie im Gastgewerbe 190 Tage und liegt bei der Uhren- und Schmuckherstellung bei 288 Tagen. Diese Zahlen sind zwar nicht repräsentativ, weil sie lediglich auf den Angaben von 12 Kantonen beruhen, sie dürften aber in der Grössenordnung und in der Tendenz richtig liegen.

1984 wurden 7680 Männer und Frauen in der Schweiz ausgesteuert, 1985 11555. Dabei ist zu berücksichtigen, dass durch die Inkraftsetzung des neuen Arbeitslosenversicherungsgesetzes am 1. Januar 1984 viele Arbeitslose wieder einen Anspruch geltend machen konnten, die dann im Verlaufe von 1985 ausgesteuert wurden. Die Zahlen dürften entsprechend etwas zu hoch liegen. Deutlich wird aber auch bei den Ausgesteuerten, dass der Anteil der älteren Personen überdurchschnittlich vertreten ist. Während im Jahre 1985 rund 14 Prozent der Ausgesteuerten Jugendliche bis 25 Jahre waren, waren gut 30 Prozent über fünfzigjährig. Der Anteil an Arbeitslosen betrug jedoch 25 Prozent bei den Jugendlichen und 20 Prozent bei den über 50jährigen.

Was geschieht mit den Ausgesteuerten?

Die Statistik gibt zurzeit noch keine Auskunft darüber, was mit den Ausgesteuerten geschieht. Es gibt hierzu lediglich

eine Umfrage, die das KIGA Aarau gemacht hat. Die Frage, wieviele Ausgesteuerte weiterhin arbeitslos sind, wird darin wie folgt beantwortet: «Rund 40 Prozent der im Januar und Februar 1985 Ausgesteuerten hatten bis Juli 1985 wieder eine Beschäftigung gefunden. Etwa 20 Prozent hatten sich aus dem Erwerbsleben zurückgezogen, und weitere rund 40 Prozent waren nach wie vor auf Stellensuche, d.h. arbeitslos.» Das KIGA Aarau vermutet, dass von jenen, die eine Stelle gefunden haben, viele eine Stelle antreten mussten, «die für die Betreffenden unbefriedigend ist (z.B. nur temporäre Beschäftigung, schlechte Entlohnung), die von ihnen nur aus einer Notlage heraus angenommen worden ist».

Interessant ist zudem, dass nur rund 12 Prozent der Ausgesteuerten sich bei der Fürsorge meldeten.

Naturgemäss noch weniger als über die Ausgesteuerten weiss man über die Dunkelziffer der Arbeitslosen, die sich nie bei einem Arbeitsamt melden, sei dies, weil sie mit einem Amt nichts zu tun haben wollen, sei dies, weil sie sich schämen, als Arbeitslose beim Arbeitsamt vorzusprechen.

Zu diesem Problembereich möchte ich mit der Frage beginnen: Warum gibt es eigentlich Arbeitslosigkeit? Um eine Antwort auf diese Frage geben zu können, muss zuerst präzisiert werden, dass wir in diesem Zusammenhang immer von Lohnarbeit sprechen. Wenn wir von Arbeitslosigkeit sprechen, dann meinen wir Lohnarbeitslosigkeit.

In der ökonomischen Theorie gibt es zu dieser Frage verschiedene Ansätze. Nach Marx ist der Unternehmer aufgrund seines Besitzes der Produktionsmittel in der Lage, die benötigte Arbeitskraft zu einem Lohn «einzukaufen», der tiefer ist als

die durch diese Arbeitskraft hergestellten Werte. Der so entstandene Mehrwert bleibt beim Unternehmer, der ihn zumindest zum Teil wieder investiert. Dadurch entsteht die sogenannte Kapitalakkumulation (Anhäufung von Kapital beim Unternehmer). Je grösser diese ist, um so mehr ist das Gleichgewicht zwischen der menschlichen Arbeit (die nach Marx als einzige neue Werte schaffen kann) und dem Kapital gestört. «Gelöst» wird dieses Problem durch die Krise, die die zu grossen Kapitalwerte zerstört, Arbeitslosigkeit verursacht und die Löhne senkt. Anschliessend kann das Ganze dann wieder von vorne beginnen.

Bürgerliche Vorstellungen

In der bürgerlichen Ökonomie muss grundsätzlich unterschieden werden zwischen den sogenannten Klassikern, die in den heutigen Monetaristen ihre Nachfolger gefunden haben, und den Keynesianern. Die Klassiker gingen davon aus, dass bei einem ungestörten Spiel der Marktkräfte (d.h. vor allem nach oben und unten frei bewegliche Preise und Löhne) sich ein wirtschaftliches Gleichgewicht einstellt, bei dem keine Arbeitslosigkeit mehr vorliegt. Einen kleinen «Trick» mussten sie jedoch beiziehen: Wenn in diesem Gleichgewicht doch noch Arbeitslosigkeit vorliegt, dann handelt es sich um die sogenannte natürliche Arbeitslosigkeit, d.h. die Betroffenen wollen lieber keine Arbeit als sich dem erzielbaren Lohn anzupassen. Diese Sicht der Dinge ist nicht etwa ein Relikt vergangener Zeiten. In der «Frankfurter Allgemeinen» vom 6. Januar 1987 schrieb z.B. der Ökonomeprofessor Arthur Woll, dass die Ursachen der Arbeitslosigkeit und die Lösung für ihre Bekämpfung sehr wohl be-

kannt seien. Es herrsche in der Wissenschaft «eine bemerkenswerte und berechtigte Übereinstimmung darüber, worauf die Arbeitslosigkeit zurückgeht: Auf die Ausklammerung des Arbeitsmarktes vom Wettbewerb – mit der Tendenz, gegen die Kräfte des Marktes höhere Preise, sprich Löhne, durchzudrücken, als sich bei Konkurrenz bilden würden.»

Weiter unten fährt er fort, dass die Voraussetzungen für die Vollbeschäftigung die folgenden seien: «Überschaubarkeit des Arbeitsmarktes, Konkurrenz der Anbieter und Nachfragen von Arbeitsleistung, berufliche und räumliche Mobilität der Arbeitskräfte, Freiheit von staatlichen Eingriffen auf das Marktgeschehen. Wenn nur eine dieser Voraussetzungen fehlt, ist Vollbeschäftigung nicht zu erwarten. Der Markt ist dann zumindest partiell gestört. Von gestörten Märkten kann man aber nicht erwarten, dass sie zur «Markträumung» führen.» Soweit der Ökonomeprofessor Woll, der mit diesem Tenor beileibe nicht alleine steht. Ähnliche Stimmen sind auch in der Schweiz auszumachen. Diese Haltung ist um so besser aufrechtzuerhalten, als sie sicher nie den Beweis der Richtigkeit antreten muss. In einem hochentwickelten Industrie- und Rechtsstaat ist eine völlige Freiheit von staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft so unpraktikabel, dass jederzeit gesagt werden kann, die Ursache der Arbeitslosigkeit beruhe darauf, dass der Markt nicht völlig frei sei. Immerhin haben praktische Beispiele, die recht weit in diese Richtung gingen, wie in Chile oder England gezeigt, dass ein Problem mit diesen Methoden mit Sicherheit nicht gelöst werden kann, nämlich das Problem der Arbeitslosigkeit.

Die Theorie nach Keynes unterscheidet sich dadurch, dass

sie nicht mehr von einem Verschwinden der Arbeitslosigkeit allein durch das freie Spiel der Marktkräfte ausgeht. Keynes plädierte für ausgleichendes Verhalten und Eingreifen des Staates in dem Sinne, dass sich der Staat antizyklisch verhalten solle, d.h. in Zeiten guter Konjunktur Ausgaben zurückhalten, in Zeiten schlechter Konjunktur mit Ausgaben die Wirtschaft ankurbeln soll. Da die Praxis gezeigt hat, dass der Staat wohl in Zeiten schlechter Konjunktur höhere Ausgaben zu machen imstande ist, dass er sich aber schwertut mit dem Zurückhalten, hat diese Theorie an Attraktivität eingebüsst.

Die Realität auf dem Arbeitsmarkt

Nach diesem rudimentären Exkurs in die Theorie komme ich auf die Realitäten, denen wir gegenüberstehen, zu sprechen. Wir stehen vor der Tatsache, dass:

- in den westlichen Industrieländern (ÖCD) über 32 Mio. Menschen ohne Lohnarbeit sind; die Arbeitslosigkeit hat trotz guter Konjunktur seit 1984 zu- und nicht abgenommen;

- in den USA, wo die Arbeitslosigkeit in der jüngeren Zeit auf 6,5 Prozent gefallen ist, beruht dies vor allem auf dem Entstehen schlechtbezahlter, qualitativ unbefriedigender Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich (sogenannte «Hamburger-Jobs»).

- Wir stehen in einer Phase der Entkopplung von Produktionsmenge und Arbeitsplätzen. In der Schweiz hat z. B. der Produktionsindex zwischen 1972 und 1986 um 16 Prozent zugenommen, d.h. es wurde 16 Prozent mehr produziert, die Zahl der Erwerbstätigen aber war 1986 gerade wieder so hoch wie 1972, nachdem sie in den

Jahren dazwischen darunter lag. Von der Wissenschaft und von Arbeitgeberseite wird aber nach wie vor als primäres Mittel gegen die Arbeitslosigkeit das Wachstum, gemessen am Bruttosozialprodukt empfohlen, obwohl erstens die Umwelt diese Mengen in dieser Art immer weniger erträgt und zweitens in den Industrieländern nicht die Menge der produzierten Güter und Dienstleistungen das primäre Problem sind, sondern die Verteilung und die Qualität.

Konfrontiert mit dieser Realität, lassen uns die Ökonomen etwas im Stich, bzw. ihre Rezepte sind etwas gar einfach (mehr Freiheit für den Markt als Patentrezept) und manchmal auch etwas zu durchsichtig (Stichwort: «Wes Brot ich ess, ...»)

Ist die Schweiz ein Sonderfall?

Vergleicht man das Ausmass der konstanten Arbeitslosigkeit in der Schweiz mit der des benachbarten Auslandes, dann ist offensichtlich, dass hier ein ganz eklatanter Unterschied besteht: Die BRD hat beispielsweise eine Arbeitslosenquote von gegen 8 Prozent, Frankreich und Italien über 11 Prozent und Europa als Ganzes beinahe 11 Prozent, während sie in der Schweiz zurzeit 0,7 Prozent beträgt.

Vom Trend her jedoch hat sich auch in der Schweiz etwas geändert. Stiegen beim Wirtschaftseinbruch in der Mitte der 70er Jahre die Arbeitslosenzahlen auf rund 22000 und gingen anschliessend bis Anfang der 80er Jahre auf 16000 zurück, so sind sie trotz der guten Konjunktur auch in diesem Jahr noch auf über 22000. Obwohl hier auch Änderungen in der Arbeitslosenversicherung eine Rolle spielen, so zeigt das doch, dass es auch in der Schweiz zunehmend eine be-

trächtliche Anzahl Menschen gibt, die nicht mehr oder nur teilweise noch im Lohnarbeitsprozess stehen können.

Warum hat die Schweiz 0,7 Prozent Arbeitslose und Europa im Schnitt über 10 Prozent? Dazu einige Stichworte:

1. Die Schweiz hat bestimmte Industrien, die besonders in Schwierigkeiten gekommen sind (Bergbau, Schwerindustrie, Schiffswerften) nicht oder in viel kleinerem Ausmass als viele Industrieländer.

2. Die Schweiz hat(te) eine grosse sogenannte «konjunkturelle Manövriermasse» bei den Ausländern und Frauen, die statistisch nicht als Arbeitslose in Erscheinung traten. Allerdings ist diese Manövriermasse heute bestimmt kleiner als Mitte der 70er Jahre, da der Anteil der Ausländer mit Ausweis C gestiegen ist und sich die berufstätigen Frauen sicher weniger sang- und klanglos, d.h. ohne Erheben von Ansprüchen bei der Arbeitslosenversicherung an den Herd zurückziehen würden oder könnten.

3. Die Schweizer Wirtschaft ist im Grunde genommen in bezug auf die Bevölkerung überdimensioniert. Während sie bezüglich Bevölkerung im 72. Rang steht, nimmt sie bezüglich des Brutto-Inlandprodukts den 18. Rang, bezüglich der Warenexporte den 10. Rang, bezüglich der Investitionen im Ausland den 5. Rang, bezüglich der Guthaben im Ausland und der Grösse der Devisenmärkte im Inland (Finanzplatz) den 3. Rang ein. Kombiniert mit der obgenannten «Manövriermasse» wird ersichtlich, warum in der Schweiz ein so grosser Beschäftigungsüberhang besteht.

Sockelarbeitslosigkeit: die Spitze eines Eisberges

Die Sockelarbeitslosigkeit, wie sie sich heute in der Arbeitslo-

senstatistik der Schweiz niederschlägt, hat zu einem grossen Teil Gründe, die auf den ersten Blick nicht volkswirtschaftlich bedingt zu sein scheinen. Zum Beispiel hat eine Umfrage unter den Vermittlerinnen und Vermittlern des Arbeitsamtes der Stadt Zürich ergeben, dass in der jüngeren Zeit die Zahl der Versicherten mit Alkoholproblemen, psychischen Problemen, körperlicher Verbrauchtheit, Demotivierung und auch ältere Menschen mit Schwierigkeiten eine Stelle zu finden, zugenommen hat. Ebenfalls müssen dauernd die Präventivmassnahmen überdacht werden, weil die bisherigen Massnahmen oft den Anforderungen, die durch die Veränderungen bei den Versicherten gestellt werden müssen, nicht mehr genügen.

Geht man den Ursachen dieser Erscheinungen etwas vertiefter nach, so erhält das Ganze bald wieder eine volkswirtschaftliche Note.

In seinem Buch «Mehr autonome Produktion – weniger globale Werkbänke» befasst sich Willy Bierter u.a. mit den Regenerationsmöglichkeiten der Menschen in unserer Gesellschaft (vgl. «Rote Revue» Nr. 1/1988).

Der traditionelle Sektor wird vom industriell-marktwirtschaftlichen Sektor mehr und mehr zerstört, «wodurch wichtige und mächtige Stabilisierungselemente zur Sicherung von systemischen Gleichgewichtszuständen zerstört worden sind, wie z. B. ein schonender Umgang mit der Natur, kultureller Reichtum oder besondere Persönlichkeitsmerkmale (hoher Gemeinschaftsinn, Zuverlässigkeit, grosse psychische Leistungsfähigkeit usw.). Kurz: Der Produktionsbereich des industriell-marktwirtschaftlichen Sektors setzt die besonderen «Wertquellen» der Peripherie voraus, ver-

braucht und erodiert sie fortlaufend, ohne dass er sie regeneriert, ganz zu schweigen davon, dass er sozial tragfähige Werte und Tugenden hervorbringt und aus sich heraus schafft.»

Schonräume am Arbeitsplatz verschwinden

Der Druck in den Betrieben, die Lohnkosten möglichst tief zu halten und mit möglichst wenig Personal möglichst viel zu leisten, hat insbesondere dazu geführt, dass das Arbeitstempo gesteigert und zum Teil systematisch sogenannte Erholungsnischen bei Arbeitsplätzen und Betrieben ausgemerzt wurden. Dadurch geraten weniger leistungsfähige Personen in einen Druck, dem sie nicht beliebig lang standhalten können. Zugleich wird die Toleranzgrenze sowohl unter den Kolleginnen und Kollegen wie auch von der Betriebsleitung her kleiner, und die Folge davon ist, dass die Schwächsten nicht mehr mithalten können und den Arbeitsplatz verlieren, dass auch durchaus sozial eingestellte Personalchefs sich ausserstande erklären, die so entstandenen sogenannten Sozialfälle weiterbeschäftigen zu können.

Flexibilität ist das Zauberwort von heute. Je nach Alter, Situation und persönlicher Struktur ist jedoch das Zurechtkommen mit ständigen Änderungen auf ein bestimmtes Mass beschränkt. Ständige Veränderungen am Arbeitsplatz, andauernder Anpassungsdruck und oft auch nur schon die Angst davor, kann Menschen schwer zusetzen.

Ich interpretiere die Sockelarbeitslosigkeit in der Schweiz als Ausdruck einer Arbeitswelt, die für viele immer mehr an die Grenzen des im wahrsten Sinne des Wortes Menschenmöglichen geht. Die Stärksten halten

(vielleicht) durch, viele versuchen, unterstützt von Freizeit und Vergnügungsindustrie, die verlorenen Regenerationsmöglichkeiten zu ersetzen mit Zerstreuung und Konsumsteigerung, und viele schleppen sich physisch und psychisch «auf dem letzten Zacken» (vgl. Tablettenkonsum und Beanspruchung von Therapeuten) durch die Tage, und die Schwächsten: die Schwächsten können nicht mehr mithalten und werden Bausteine für den Arbeitslosensockel.

Offenbar bewegt sich die moderne Wohlstandsgesellschaft in einem Spannungsfeld, in dem zu Lasten lebenswichtiger immaterieller Werte, wie sie z.B. Bierter erwähnt, immer mehr materielle produziert werden und offenbar der Versuch gemacht wird, mit noch mehr materiellen Gütern den Schmerz für Verlorenes zu lindern.

Mir kommt es manchmal vor, wie wenn wir uns in diesem Spannungsfeld wie Jäger und Sammler bewegen würden, die um die tägliche Nahrung zu kämpfen hätten. Entsprechend wird in der Meinungsbildung über wirtschaftliche Massnahmen allzu oft die Keule der Erpressung z.B. über die Arbeitsplätze geschwungen, anstatt rational und abwägend, wie es einem Kulturvolk anstehen würde, nach Lösungen zu suchen.

Konsequenzen für den Sozialstaat

Trifft die Analyse von Bierter zu, und ich bin davon überzeugt, dann kann das nicht ohne Folgen für den Sozialstaat bleiben. Wenn die Regenerationsräume durch die heutige Arbeitswelt (und wahrscheinlich nicht nur durch sie) reduziert oder gar zerstört werden und dies nicht zu ändern ist, dann muss der Sozialstaat mit seinen Möglichkeiten versu-

chen, wieder solche Räume zur Verfügung zu stellen. Ein Weg könnte darin bestehen, Arbeit und Existenzsicherung stärker voneinander zu trennen.

Ausgehend von den vorhergehenden Überlegungen und der Tatsache, dass die modernen Industrieländer bezüglich der Arbeit in einem tiefgreifenden Wandel sind, stellt sich die Frage, ob es für eine in diesem Sinne hochentwickelte Gesellschaft richtig ist, die Sicherung der materiellen Existenz so eng mit der Lohnarbeit zu verknüpfen, wie das heute in den Industrieländern der Fall ist. Zumindest scheint mir die Diskussion über die Frage sehr wichtig, ob nicht eine minimale materielle Existenzsicherung unabhängig vom Faktum, ob jemand eine Lohnarbeit hat oder nicht, gewährleistet werden müsste.

Bleibt der Sozialstaat zurück?

Ich betrachte das Phänomen der Sockelarbeitslosigkeit, das in der Schweiz zahlenmässig im Vergleich mit dem Ausland zwar relativ gering, aber immerhin existent ist, als einen Hinweis darauf, dass offenbar für die Herstellung der benötigten – und auch der nicht benötigten – Güter nicht mehr alle Arbeitswilligen in einer Industriegesellschaft benötigt werden. Es würde vermutlich niemandem einfallen, deshalb den Schluss zu ziehen, es brauchten auch nicht mehr alle Menschen zu essen und ein Obdach.

Dies bestreitet selbstverständlich auch der moderne Sozialstaat nicht. Aber wer nicht im «normalen» Arbeitsprozess steht und aus diesem ausgegrenzt ist, steht sowohl von den gesellschaftlichen Wertvorstellungen wie auch beim Kampf um die Existenzsicherung ständig unter dem Druck, zu rechtfertigen, warum er bzw. sie keine Arbeit hat.

Mit anderen Worten und etwas pointiert ausgedrückt: Einerseits führt die heutige Arbeitswelt dazu, dass immer mehr Leute sie nicht für eine unbeschränkte Dauer ertragen, und andererseits brauchen offenbar moderne Gesellschaften nicht mehr alle ihre Glieder, die fähig wären, das herzustellen und zu leisten, was hergestellt und geleistet wird. Dieser Entwicklung ist der Sozialstaat nicht gefolgt. Zugleich sind die herkömmlichen Netze (Grossfamilie, Grossgemeinschaft usw.), die früher für Wechselfälle des Lebens eine Auffangfunktion erfüllen, schwächer geworden oder verschwunden. Geht man davon aus, dass das Lieblingskind für Arbeitsbeschaffung der Ökonomen, nämlich das Wachstum, für entwickelte Industrieländer nicht das Patentrezept sein kann, und geht man davon aus, dass unter den heutigen Umständen nicht für alle eine Lohnarbeit vorhanden ist, dann scheint mir die Idee eines garantierten Mindesteinkom-

mens, das den materiellen Grundbedarf abdeckt, als sehr diskussionswürdig. Mit einem Schlagwort «Recht auf Leben» kommt vor Recht auf Arbeit bzw. wenn das Recht auf Lohnarbeit für alle nicht durchgesetzt werden kann oder wird, dann soll wenigstens die Sicherung des materiellen Grundbedarfes von der Lohnarbeit abgekoppelt werden.

Ich weiss, dass diese Idee auch viele Fragen aufwirft. Ich weiss aus meiner praktischen Arbeit², wieviel Engagement, wieviel Zeit, wieviel Geld auch dafür verwendet wird, um Menschen, die zum Sockel gehören, wieder in eine Arbeitswelt integrieren zu wollen, die ihn oft nicht mehr will. Da frage ich mich manchmal als Ökonom, ob hier das Kosten-Nutzen-Verhältnis stimmt, und ich frage mich als Mitglied dieser Gesellschaft, ob neben den kurzfristig anzustrebenden Verbesserungen nicht auch ein grundsätzliches Überdenken nötig wäre, bzw. ich bin überzeugt, dass es nötig ist.

Nachrichten aus dem deutsch-nationalen Lager

Konjunktur für die Vergangenheitskosmetiker

Von Horst Hartmann

Unbeachtet von der Öffentlichkeit geht hinter den Kulissen und dem breiten Rücken Helmut Kohls die Umschreibung der jüngsten braunen Vergangenheit weiter. Der Bielefelder Historiker Hans U. Wehler, Kenner des deutschnationalen Intrigenspiels, hat auf die jüngsten Schachzüge der neuen Rechten hingewiesen. Obwohl das «Verdrängungs- und Beschönigungskartell» um

Ernst Nolte, Andreas Hillgruber, Michael Stürmer und Klaus Hildebrand von den objektiven und liberalen Wissenschaftlern deutlich in die Schranken gewiesen worden ist, versucht das Rechtskartell jetzt vor allem, eine Personal- und Gesinnungskontrolle durchzusetzen. Bei der Beset-

² Der Autor ist Abteilungsleiter am städtischen Arbeitsamt Zürich.

zung von drei Direktorenstellen der Deutschen Historischen Institute in Rom, Paris und Washington wurden namhaften liberalen Wissenschaftlern kaum profilierte Gefolgsleute der Rechten vorgezogen. Auch die Ablösung von Klaus Ritter zugunsten des Kohl-Beraters Michael Stürmer als Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen, ist ein Alarmzeichen für den Vormarsch der Konservativen. Beim Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) in Freiburg, das dem Bundesverteidigungsministerium untersteht, ist ein heftiger politischer Streit entbrannt. Eine Gruppe des Forschungsamtes, das zahlreiche Publikationen veröffentlicht, bestreitet hartnäckig, dass Hitler am 22. Juni 1941 die Sowjetunion überfallen hat. Stattdessen vertreten die Mitarbeiter die Goebbelsche Propagandalüge, Hitler wäre einem Angriff Stalins lediglich zuvorgekommen, obwohl dieses Märchen von allen namhaften Historikern eindeutig widerlegt worden ist.

Die «Frankfurter Allgemeine», das Sprachrohr des bundesdeutschen Finanzkapitals, schreckte nicht davor zurück, die Goebbelsche Version monatelang in ihren Spalten diskutieren zu lassen und sogar Leserbriefe zu veröffentlichen, deren Länge aufmerken liess. Um im Freiburger Forschungsamt die jede vernünftige Arbeit lähmenden Spannungen aufzuheben, wurde vom Bundesverteidigungsministerium ein Beirat eingesetzt, über den Hans U. Wehler urteilt: «In Metternichs Zeiten hätten Liberale diese Runde eine ministerialministerielle Zensurkommission genannt.»

Unter dem Vorsitz des ehemaligen Generals J.A. von Kielmannsegg, der das achtzigste Lebensjahr bereits überschritten hat und lediglich als Alibi-